

# Afghanistans vergessene Frauen

Von Anne-Marie Slaughter und Ashley Jackson

Als Zalmay Khalilzad im September 2018 zum US-Sonderbeauftragten für Aussöhnung in Afghanistan ernannt wurde, schien ein Ende des längsten amerikanischen Krieges endlich in Sicht. Doch seit Präsident Donald Trump Ende Dezember plötzlich ankündigte, dass die Vereinigten Staaten 7000 ihrer Soldaten aus Afghanistan abziehen werden, hat sich der Druck auf Khalilzad, im Frühjahr ein Abkommen mit den Taliban zu erzielen, dramatisch erhöht.

Viele fürchten nun, dass Trump den Truppenabzug aus Afghanistan ungeachtet der damit verbundenen Folgen durchziehen will, wobei den Folgen für die Frauen am wenigsten Beachtung geschenkt wird. Doch obwohl der Fortschritt der afghanischen Frauen entscheidend ist für das Fortkommen des Landes, sind Frauen in der internationalen Presseberichterstattung plötzlich ebenso unsichtbar wie in großen Teilen der afghanischen Gesellschaft.

Unter vier Augen räumen zahlreiche Diplomaten ein, dass Frauenrechte in den Gesprächen mit den Taliban schlicht keine hohe Priorität genießen. Und angesichts dessen, wie grausam Frauen von den Taliban während ihrer Regierungszeit in den 1990er Jahren behandelt wurden, ist eine Lösung dieses Problems womöglich ohnehin aussichtslos. Diese Denkweise ist jedoch falsch. Die Taliban-Führung weiß, dass sie ein potentiell desaströses Imageproblem hat. Die internationale Gemeinschaft ächtete ihre Regierung in den 1990er Jahren nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, wie sie Frauen behandelte. Die Anführer der Taliban glauben mittlerweile, diesbezüglich einen Sinneswandel

beweisen zu müssen, um als legitime politische Bewegung und brauchbarer Partner für eine künftige Vereinbarung über die Machtaufteilung anerkannt zu werden.

Und diese Haltungsänderung hat auch stattgefunden – wenn auch in sehr kleinen Schritten. Mittlerweile erlauben die Taliban in beinahe 60 Prozent der unter ihrer Kontrolle stehenden Landesteile Mädchen den Schulbesuch, solange die Trennung der Geschlechter gewährleistet ist. Dabei handelt es sich um eine bescheidene Verbesserung gegenüber der Zeit vor einer Generation, als ihre Regierung beinahe alle Mädchen vom Schulbesuch ausschloss und Frauen verboten wurde, außer Haus zu arbeiten.

## Errungenschaften in Gefahr

Obwohl afghanische Frauen seit dem Sturz der Taliban-Regierung im Jahr 2001 enorme Fortschritte erzielten, sind ihre Errungenschaften in Gefahr und es bleibt noch viel zu tun. Im Rahmen einer jüngst unter 15000 Afghanen durchgeführten Umfrage gaben die Frauen an, ihre größten Probleme seien mangelnde Bildung und Analphabetismus. Investitionen in Bildung und Einkommensmöglichkeiten für Frauen sind daher von entscheidender Bedeutung ebenso wie verstärkte Anstrengungen, um den Zugang der Frauen zu Gesundheitsversorgung zu verbessern. Für afghanische Frauen liegt das Risiko, bei einer Geburt zu sterben bei 10 Prozent. Die Situation ist derart dramatisch, dass Taliban-Anführer die Regierung und NGOs ersucht haben, mehr Hebammen in die unter

ihrer Kontrolle stehenden Gebiete zu schicken. Zugleich sind die Zahl jener Mädchen, die eine Schule besuchen, wird der rechtliche Schutz für Frauen zurückgenommen und im öffentlichen Leben sind sie zunehmend Belästigungen und Gewalt ausgesetzt. Sich dieser Probleme anzunehmen, ist nicht nur für afghanische Frauen von entscheidender Bedeutung, sondern auch für deren Kinder, Familien und für das ganze Land.

Die beste Möglichkeit sicherzustellen, dass die Interessen der Frauen bei den Friedensgesprächen berücksichtigt werden, besteht darin, sie gleichberechtigt an den Verhandlungen sowie bei der Umsetzung eines Friedensprozesses teilnehmen zu lassen. Obwohl die meisten Außenpolitik-Experten diesen Vorschlag als überflüssig oder sogar absurd abtun, ist die Einbeziehung der Frauen nicht nur eine Frage des Prinzips, sondern auch der Wirksamkeit möglicher Abkommen. Friedensprozesse, an denen Frauen beteiligt sind, scheitern im Schnitt viel seltener und die Wahrscheinlichkeit, dass ein derart erzielt Abkommen hält, ist viel höher.

Manche argumentieren möglicherweise, dass die Taliban niemals mit afghanischen Frauen verhandeln würden. Das haben sie allerdings bereits einmal getan: Im Jahr 2015 traf eine Gruppe afghanischer Frauen – allesamt hochrangige Regierungsvertreterinnen und Aktivistinnen – mit Vertretern der Taliban in Oslo zusammen.

Die Taliban forderten und initiierten das Treffen ausdrücklich und sagten im Anschluss, dass sie eigens daran teilgenommen hätten, um Bedenken hinsichtlich ihrer Politik auszuräumen. Laut Shukria Barakzai, der afghanischen Botschafterin in Norwegen, die an diesem Dialog teilnahm und während der Herrschaft der Taliban eine Mädchenschule im Untergrund betrieb, hatten die Frauen dabei keine Bedenken, die Taliban für die Behandlung der Frauen in der Vergangenheit zur Verantwortung zu ziehen. „Die meisten Menschen würden gar nicht glauben, wie strikt

wir mit den Taliban umgingen“, meint Barakzai. „Doch sie hörten geduldig zu und respektierten unsere Aussagen. Und es war klar, dass wir es nicht mit den gleichen Taliban zu tun hatten wie in den 1990er Jahren.“

Seit diesem Treffen vor vier Jahren wurde allerdings wenig unternommen, um den Dialog zwischen den afghanischen Frauen und den Taliban zu fördern. Westliche Regierungen mögen zwar öffentlich die Bedeutung von Frauenrechten betonen, aber sie haben entsetzlich wenig getan, um ihren Worten auch Taten folgen zu lassen. Insbesondere die Trump-Administration schenkt derartigen Anliegen kein Gehör, da Trump selbst an Frauenrechten in den USA wenig interessiert ist, von Afghanistan ganz zu schweigen.

Die internationale Gemeinschaft muss sich daher einschalten. Im Rahmen der aktuellen Nato-Mission haben 39 Länder Bodentruppen nach Afghanistan entsandt und viele weitere stellen substanzielle Hilfe zur Verfügung. Diese Länder sollten ihren Einfluss nutzen, um sicherzustellen, dass Frauen am Verhandlungstisch sitzen, dass ihre Themen auf der Tagesordnung stehen und ihre Rechte in Abkommen gewahrt bleiben. Überdies sollten die Länder ihre Ausgaben für Hilfeleistungen in maßgeblichen Bereichen wie Frauengesundheit und Bildung erhöhen.

Jede Friedensvereinbarung mit den Taliban wird wohl unangenehme Kompromisse enthalten. Aber ein Abkommen, in dem Garantien für den Umgang mit der Hälfte der Bevölkerung fehlen, ist nichts wert. Und die Wahrscheinlichkeit, dass eine Friedensvereinbarung hält, ist viel geringer, wenn sie nicht auch von Frauen verhandelt wurde. Frauenrechte – ob in Afghanistan oder anderswo – sind keine außenpolitische „Zugabe“. Sie sind für jede ernsthafte Anstrengung zur Konfliktlösung von entscheidender Bedeutung.

Copyright: Project Syndicate,  
Übersetzung: Helga Klinger-Groier